

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/510

Verantwortliche/r:
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:
510/058/2021

Betreuungsprobleme in den Kindertageseinrichtungen; Antrag der Grüne Liste-Fraktion Nr. 162/2021 vom 15.06.2021

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Jugendhilfeausschuss	25.11.2021	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der Grüne Liste-Fraktion Nr. 162/2021 vom 15.06.2021 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vermeidung von Betreuungsproblemen aufgrund Personalmangels in Kindertageseinrichtungen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Grüne Liste hat mit Antrag Nr. 162/2021 die Verwaltung beauftragt, in Absprache mit den Freien Trägern Lösungen für die Betreuungsprobleme in den Kitas zu finden und die Rahmenbedingungen zu klären.

Der Fachkräftemangel im Erziehungsbereich trifft städtische Träger wie Freie Träger gleichermaßen. Es gibt zwar staatliche Maßnahmen zur Stärkung von Kitas, wie z.B. der seit 01.03.2020 eingeführte Leitungs- und Verwaltungsbonus, dessen Zweck die Entlastung von Einrichtungsleitungen durch den Einsatz von zusätzlichen Personal ist. Daneben unterstützt die Stadt Erlangen seit 01.09.2018 die Freien Träger finanziell mit jährlich 440.000 € bei der Ausbildung von Fachkräften, bei Fortbildungsmaßnahmen und bei Maßnahmen zur Leitungsqualifizierung zur Sicherung und Steigerung der Betreuungsqualität.

Die Grundproblematik, nämlich der bayernweit eklatante Personalmangel an Fachkräften in Kitas, kann damit aber nicht gelöst werden. Die Altersstruktur des Kita-Personals, die hohe Fluktuation, Beschäftigungsverbote, der steigende Personalbedarf durch Angebotsveränderungen und den fortschreitenden Kita-Ausbau sowie die zu geringe Zahl von Absolventen der Fachakademien verschärfen die Personalsituation zudem merklich. Von daher halten die Stadt Erlangen und die Freien Träger ein Paket von Maßnahmen für notwendig, die zu nachhaltigen, vor allem auch politischen Lösungen, führen müssen.

Das Stadtjugendamt und Vertreter*innen der Freien Träger haben daher beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Personalgewinnung und Ausbildung“ zu gründen, um gemeinsame Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu entwickeln. Insbesondere soll sich den Themen Fachkräfteoffensive, Gehälter, Erleichterung des Quereinstiegs, höhere gesellschaftliche Anerkennung, Aufstiegsmöglichkeiten, Ansiedlung einer Fachakademie in Erlangen, verstärkt gewidmet werden.

Kurzfristig wird versucht, mit den unterschiedlichsten Maßnahmen Schließungen von ganzen Einrichtungen zu verhindern. Dies beinhaltet für die städtischen Einrichtungen z.B. den Sprin-

gereinsatz, die Anordnung von Mehrarbeit und den Einsatz von ehemaligen Mitarbeiter*innen, die sich bereits im Ruhestand befinden. Die Freien Träger versuchen u.a. über Zeitarbeitsfirmen Personalvakanzen zu schließen. Daneben werden Überstunden geleistet, Urlaub und Fortbildungen hinausgeschoben, Gruppen zusammengelegt und Öffnungszeiten verkürzt.

Mit dem im Fraktionsantrag genannten städt. Springerpool können Personalvakanzen bei den Freien Trägern nicht überbrückt werden. Zum einen gibt es hohe personalrechtliche und bürokratische Hürden, da wir uns hier im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz befinden, wie z. B. Erlaubnis durch die Bundesagentur für Arbeit, komplizierte Vertragsgestaltung, Abgrenzung der Weisungsbefugnis, etc. Zum anderen können mit dem städt. Springerpool kaum die eigenen Betreuungsprobleme gelöst werden.

3. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

*Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?*

- ja*
 nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

Anlagen: Antrag der Grüne Liste-Fraktion Nr. 162/2021 vom 15.06.2021

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Jugendhilfeausschuss am 25.11.2021

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der Grüne Liste-Fraktion Nr. 162/2021 vom 15.06.2021 ist damit bearbeitet.

mit 14 gegen 0 Stimmen

Wening
Vorsitzende/r

Buchelt
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang